



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

8/X/92 - 22.4.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Belebte Wiedervereinigungs-Debatte	S. 1
<u>Erich Ollenhauer</u> : SPD, Blockpolitik und Asiens Sozialisten	S. 2
Die Schwäche der SED	S. 5
Zur Reform des Strafrechts (Buchbesprechung)	S. 7

Auflockerung

sp - Es ist zu begrüßen, dass das politische Gespräch über Möglichkeiten und Formen einer deutschen Wiedervereinigung durch die österreichische Entwicklung Auftrieb bekommen hat, dass auch darüber hinaus eine gewisse Auflockerung der erstarrten Meinungsfrenten zu erkennen ist.

Daß es die Kreise nicht leicht, die, wie die FDP, nach jahrelanger parteiamtlicher Unterstützung der Kanzlerpolitik, sich nun genötigt sehen, etwa in der Frage der deutschen Wiedervereinigung weit mehr zu verlangen, als bisher von der Regierung geleistet worden ist. Dehler hat soeben in Lüneburg zugegeben, dass gerade in dieser Hinsicht in den letzten Jahren "günstige Chancen vertan worden sind" und sogar hinzugefügt, was Österreich erreicht habe, wäre auch für die Bundesrepublik erreichbar gewesen. Jetzt, so sagte er, dürften keine Opfer mehr gescheut werden. Immerhin ist Dehler Chef der, wenn auch mit Abstand, zweitstärksten Regierungspartei. Sicher ist es auch ein Fortschritt, wenn Herr Gerstenmaier, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Bundestages, bevor er dessen Präsident wurde, ohne Umschweife sagt, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse nicht zwangsläufig in den NATO-Pakt eingegliedert werden.

Die FDP hat sich auch, aufgefordert, eine dritte Möglichkeit neben militärischer Bündnislosigkeit oder verewigter Spaltung Deutschlands

zu nennen, auf frühere Äußerungen ihres Vorsitzenden sowohl wie ihres außenpolitischen Experten Pfeleiderer berufen, die einen solchen Ausweg aufgezeigt hätten. (Wehrhafter, wirtschaftlich und kultureller Zusammenschluß der europäischen Nationen unter sympathisierender Unterstützung durch die USA und Schaffung einer Art Brücke zwischen einem westeuropäischen oder einem mittel- bzw. osteuropäischen Bündnissystem durch ein sogenanntes Ost-Locarno.) Sicher waren das beachtenswerte Diskussionsbeiträge und es ist gut, dass sie erneut zur Debatte gestellt werden. Dass sie aber ein wirksames Mittel sind, sowohl die militärische Bündnislosigkeit wie die fortdauernde Teilung Deutschlands zu vermeiden, muß doch sehr bezweifelt werden.

Immerhin klingt das, was hier als abweichende Meinung vom offiziellen Kurs aus dem Lager der Regierung laut wird, schon ganz anders als das, was deren offizieller Sprecher über den bayrischen Rundfunk zu sagen wußte und worauf von sozialdemokratischer Seite das Nötige bereits geantwortet worden ist.

Wenn die vom Bundespressechef aufgezeigte Linie auch, leider, von der Regierung sicher beibehalten werden wird, so gewinnt man doch auch im Ausland immer stärker den Eindruck, dass sie zwar die offizielle, nicht aber im tieferen Sinne die eigentlich repräsentative deutsche Meinung darstellt. Es ist in diesem Zusammenhang recht bezeichnend, dass der bekannte amerikanische Politiker und Bankier James Warburg in einer Zuschrift an die "New York Times" feststellen mußte, ein weiterer Verzicht auf Verhandlungen erwecke den Anschein, als läge dem Westen vielmehr an der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als an einer Friedensregelung für Deutschland. Und als ein "erstaunliches" Merkmal des kürzlichen deutsch-englischen Gesprächs wurde von englischen Teilnehmern der übereinstimmende Eindruck wiedergegeben, wie sehr bei den deutschen Gesprächspartnern aller Parteien die Notwendigkeit einer praktischen Wiedervereinigungs-Politik den Vorrang vor den Willen zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gehabt habe.

Das ist eine sehr richtige Erkenntnis. Aus ihr muss der Westen die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen, wenn seine bisherige Deutschlandpolitik nicht immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren soll.

Was uns mit Asiens Sozialisten verbindet

In der kommenden Maiausgabe der Zeitschrift "Sozialist Asia", dem Organ der asiatischen Sozialistischen Konferenz, würdigte Erich Ollenhauer, der Führer der SPD, die Bedeutung des demokratischen Sozialismus in Asien für eine friedliche Entwicklung in der Welt. Ein gemeinsames Ziel verbindet die deutsche Sozialdemokratie mit den asiatischen Sozialisten: Die Ablehnung jeder Blockpolitik und die Politik der Erhaltung des Friedens.

In den Überlegungen der deutschen Sozialdemokratie spielt das Verhältnis zu den Völkern Asiens eine bedeutsame Rolle. Die Sozialdemokratie begrüßt es, dass die freien Völker Südostasiens aktiv geworden sind, um die Kriegsgefahr zu bannen. Die deutschen Sozialdemokraten sind entschlossen, in Zusammenarbeit mit den Sozialisten der ganzen Welt eine Politik der Sicherung des Friedens zu entfalten, die der heutigen Machtpolitik die große Alternative des demokratischen Sozialismus gegenüberstellt. Machtblockpolitik, gestützt allein auf die Überlegenheit der Waffen, ist kein geeignetes Mittel, um die Voraussetzungen für einen friedlichen Ausgleich zwischen West und Ost zu schaffen. Die westliche Welt wird der Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs nur begegnen können, wenn sie neben der Bereitschaft zur militärischen Sicherung ihrer Freiheit in gemeinsamer Anstrengung aller Völker eine wirtschaftliche und politische Offensive führt, die den in Not und in nationaler Unfreiheit lebenden Teilen der Welt eine Hoffnung auf Freiheit und Wohlbstand geben kann. Das Zeitalter des Kolonialismus ist endgültig vorbei.

Keine Phantasie vermag sich heute vorzustellen, was wohl geschehen wäre, wenn Großbritannien unter Führung der britischen Labour Party Indien nicht seine Freiheit und Unabhängigkeit zurückgegeben hätte. So blieb diesem gewaltigen Subkontinent der Schrecken eines brudermörderischen Kolonialkrieges erspart und ein Fünftel der Menschheit erhielt in diesem Teil der Erde die Gelegenheit, sein staatliches Leben, seine innere Ordnung und seine Beziehungen zu den anderen Völkern nach eigenen Grundsätzen zu gestalten. Nichts vergiftet die Seele eines Volkes mehr und hemmt den sozialen, politischen und humanitären Fortschritt als nationale und koloniale Unterdrückung in jeder Form.

Entschiedener Gegner jeder Machtblockpolitik

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein entschiedener Gegner jeder Machtblockpolitik. Die Aufteilung der Welt in zwei einander befehdende Machtblöcke entspricht nicht den Interessen des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt. Sie ist nicht geeignet, die großen gesellschaftlichen, sozialen, politischen und zwischenstaatlichen Probleme der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu lösen. Die beliebte, aber primitive Einteilung der Welt in Kommunisten und Antikommunisten, in Freiheit und Unfreiheit, in Kriegshetzer und Friedensfreunde zeugt von einer gefährlichen Vereinfachung der politischen Gegebenheiten. Sie negiert die uns allen bekannte Tatsache, dass es zwischen Schwarz und Weiß verschiedene Schattierungen gibt. Zwischen Kapitalismus und Bolschewismus, zwischen bürgerlicher Demokratie und Diktatur gibt

22.4.1955

es genug Möglichkeiten, in denen sich das Streben der Menschen und Völker nach sozialem Aufstieg, nach nationaler Unabhängigkeit, nach gesellschaftlichem Fortschritt und nach Sicherung des Friedens manifestieren kann.

Die asiatischen Nationen, die teils nach mühseliger Ringen um Freiheit und Unabhängigkeit dem Druck der Großmächte widerstanden haben und sich zum Ziele setzten, ihr Schicksal nicht an den einen oder anderen Militärblock zu binden, sind seit Korea ein stabilisierender Faktor von großer und weltweiter Bedeutung geworden. Weder die Vereinigten Staaten, noch die Sowjetunion können diesen Faktor negieren, Sie sind genötigt, ihn bei ihren Entscheidungen in Rechnung zu stellen. Der Stimme Südostasiens kommt heute eine ständig wachsende Bedeutung zu, sie kann nicht mehr überhört werden.

Die Erbschaft des kolonialen Zeitalters

Die Sozialistische Internationale steht in der vordersten Reihe im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens. Noch ist sie allerdings zu schwach, einer von Atomfurcht gepeinigten Welt den Stempel ihres Willens aufzudrücken. Es ist auch bedauerlich, dass die beiden Heersäulen des internationalen demokratischen Sozialismus, die freie europäische Arbeiterbewegung und die asiatisch-sozialistischen Parteien, getrennt marschieren.

Die Vereinigung aller demokratisch-sozialistischen Parteien in einer weltumspannenden Internationale darf jedoch als Ziel nicht aufgegeben werden. Es wird nicht schnell zu erreichen sein. Es wird unablässiger Anstrengungen bedürfen, die schwere Erbschaft des kolonialen Zeitalters zu überwinden und die noch vorhandenen Mauern des Misstrauens zwischen europäischen und asiatischen Sozialisten abzutragen. Das ist eine Frage der Zeit und der Geduld. Aber ihre Lösung ist unausbleiblich. Niemand kann die Wechselbeziehung leugnen, die zwischen dem europäischen demokratischen Sozialismus und den gleichgearteten freiheitlichen Kräften des asiatischen Kontinents besteht. In ihrem Zusammenwirken liegt die große Chance der Erneuerung des demokratischen Sozialismus im Weltmaßstabe, liegt die Hoffnung, der Welt die Tragödie eines dritten Weltkrieges zu ersparen, liegt die begründete Zuversicht auf eine der Entspannung der Weltlage dienende internationale Zusammenarbeit. In einer Zeit, in der man gegenseitig vor Furcht erstarrt, können die Werke des Friedens nicht gedeihen, kann sich der Sozialismus nicht verwirklichen, bleiben Armut, Krankheit und Unwissenheit, diese Hauptübel der Menschheit, bestehen, bleibt das Tor für eine bessere Zukunft verschlossen.

Gespaltenes Deutschland - größte Friedensgefahr

Die Politik der deutschen Sozialdemokratie dient der Erhaltung des Friedens. In der Spaltung Deutschlands sehen die deutschen Sozialdemokraten eine große Gefährdung des Weltfriedens. Die beabsichtigte Eingliederung Westdeutschlands in das militärische System der Westmächte und die angekündigte Eingliederung der sowjetischen Besatzungszone in das Militärsystem des Ostblocks muß die Spaltung unseres Landes vertiefen, wenn nicht zum Dauerzustand machen.

Diese Tatsache unterscheidet grundlegend die Situation der deutsch

Sozialdemokratie von der anderer sozialistischer Parteien West- und Nordeuropas. Englands oder Frankreichs Zugehörigkeit zur NATO bedroht nicht deren staatliche Einheit. Für Deutschland aber muß die Bindung eines seiner Teile an ein System, das der Gegenspieler als eine gegen sich gerichtete Drohung betrachtet, die Aussicht auf friedliche Wiedervereinigung zerstören.

Die Sowjetunion hat ein Drittel Deutschlands besetzt. Achtzehn Millionen Deutsche leben in der Unfreiheit, leben unter kommunistischer Gewaltherrschaft. Das wird in der internationalen Diskussion oft vergessen. Es wäre verhängnisvoll für den Weltfrieden, für Demokratie und Sozialismus in Europa, der Sowjetunion allein die Rolle eines Anwalts der deutschen Wiedervereinigung zu überlassen. Die Kraft wird das Geschick Deutschlands und damit auch das Europas mitbestimmen, in deren Zeichen die deutsche Wiedervereinigung erfolgt. Im Schatten eines zweigeteilten, aber wieder aufgerüsteten Deutschland müssen die reaktionären Kräfte gedeihen, die schon zweimal über die Welt die Kriegsfurie brachten.

Mitten durch das Herz unseres Volkes...

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen jeden Versuch, dem verderblichen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Ein Abkommen über H-Bomben und über eine allgemeine Rüstungsbeschränkung, mag es an sich auch wünschenswert sein, dient jedoch nicht der so notwendigen internationalen Entspannung, wenn es nicht gleichzeitig begleitet ist von dem Bemühen der vier Besatzungsmächte, einen Weg zu suchen und zu finden, der beiden Machtgruppen die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland nimmt. Leidenschaftlich wird die deutsche Sozialdemokratie, wie sie es in der Vergangenheit getan hat und in der Gegenwart tut, auch in Zukunft allen Bestrebungen entgegentreten, auf dem Rücken unseres gespaltenen Volkes eine Art modus vivendi zu treffen. Eine solche Verständigung würde nicht von Dauer sein, sie würde den Keim tödlichen Zerwürfnisses in sich bergen. Die Konsequenz einer solchen Politik führt zur Errichtung einer Staatsgrenze mitten durch das Herz unseres Volkes.

Wiedervereinigung kein Selbstzweck

Die deutsche Sozialdemokratie fühlt sich der Erhaltung des Friedens, der Stärkung der Demokratie, der Freiheit und damit auch der Sache der Menschheit zu sehr verpflichtet, um solche Scheinlösungen akzeptieren zu können. Sie weiß sich dabei in Übereinstimmung mit den demokratischen Sozialisten Asiens. Bei allen Unterschieden in Geschichte, Geographie und Tradition verbindet die deutsche Sozialdemokratie mit der sozialistisch-demokratischen Bewegung Asiens das heiße Bemühen, die Gegensätze in der Welt zu lindern und durch die Schaffung eines wirksamen Systems kollektiver Sicherheit den Zusammenprall zwischen den feindlichen Machtblöcken zu verhindern. Die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit betrachtet dabei die deutsche Sozialdemokratie nicht als einen Endzweck, sondern als eine unerlässliche Zwischenstufe zu einer vom Geist der gleichen Partnerschaft aller Völker und Rassen erfüllten internationalen Ordnung, die Vorbedingung ist für die segensreiche Entfaltung der schöpferischen Energien des demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt.

Dissonanzen in Pankow

E.7. Berlin

Nichts zeichnet die Lage, in der sich das ZK der SED und die Pankower Regierung befinden, deutlicher als die über die 23. ZK-Tagung veröffentlichten Reden. Wenn auch nur Auszüge der Referate bekanntgegeben werden durften, so lässt sich doch aus den Ausführungen der Politbüromitglieder Schirdewan und Stoph unschwer erkennen, welche Diskrepanz zwischen den lauten Forderungen nach militärischer Kraftentfaltung und der eigenen Erkenntnis der Schwäche des Regimes besteht.

Stoph, der für die Verteidigungsbereitschaft und die Organisierung des Schutzes der Zone Verantwortliche, schlug die ihm zudiktierte grosse Pauke, indem er freilich nur ankündigte, was schon allgemein von Regierungsseite bekanntgegeben worden war: Verstärkung der KVP durch "organisierte Werbung" in den Reihen der Partei und FDJ, Umbildung der betrieblichen Kampfgruppen zu einem "Instrument wirksamer Heimatverteidigung" und der "Gesellschaft für Sport und Technik" zu einer vor-militärischen Ausbildungsorganisation für die 18 bis 22jährigen.

Überraschen musste aber, dass das ZK jede Mitteilung über die Regierungserklärung wenige Tage vorher so dramatisch angekündigter "Sicherungsmaßnahmen gegenüber Westberlin als dem Zentrum der Sabotage-Organisationen" vermissen ließ. Dass man damit einstweilen noch hinter dem Berge halten muss, dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass der Kreml noch nicht die Genehmigung dazu erteilt hat. Der Augenblick, in dem Moskau in der Oesterreichfrage die Westmächte etwas in Verlegenheit gebracht und die Initiative an sich gerissen hat, dürfte für die Sowjets am wenigsten geeignet sein, durch eine Verschärfung in Berlin gewisse Auswirkungen der Oesterreich-Aktion wieder in Frage zu stellen.

Zwischen "Demobilisierung" und "Kampfbereitschaft"

Ob freilich auch die Tatsache, dass Stoph im Gegensatz zu den in westdeutschen Kreisen vertretenen Erwartungen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Zone indirekt dementierte, auf Moskauer Weisung zurückzuführen ist, ist damit nicht gesagt. Wenn Stoph lediglich von der Schaffung einer "Kaderarmee von hohem Bewusstsein" sprach, dann dürften die Gründe dafür zum Teil auch aus den Ausführungen Schirdewans vor dem ZK zu ersehen sein.

Unter der nichtssagenden Überschrift "Zu Fragen der Verbesserung der Parteilarbeit" übte dieses Politbüromitglied, das für die Kaderfragen

zuständig ist, eine der schärfsten Kritiken an dem Versagen der SED, die bisher veröffentlicht wurden. Mit der Bemerkung, "es ist nicht alles in Ordnung und es gibt grosse Mängel", gab das ZK aus dem Munde Schirdewans weiter zu, dass für die Durchführung der SED-Politik die "Fähigkeit fehle, sich mit den breiten Massen der Werktätigen, aber auch mit anderen Schichten der Bevölkerung zu verbinden". Wie wenig gefestigt trotz der Feststellung, die SED verfüge über einen treu ergebenen Stamm von Parteiarbeitern, die Reihen der Ulbricht-Partei sind, ging schliesslich aus Schirdewans Forderung hervor: "Wir müssen einen entschiedenen Kampf gegen die Erscheinungen der ideologischen und faktischen Demobilisierung von Teilen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen". So deutlich ist dieser Gedanke noch nie ausgesprochen worden.

Die Feststellung dieser geistigen "Demobilisierung" im Augenblick der von Stoph apostrophierten "Kampfbereitschaft" beleuchtete das Dilemma der SED-Führung blitzartig. Dieser für die ostzonale Staatspartei so peinliche Eindruck wurde durch die Mitteilung ergänzt, dass die leitenden Organe jedes rasche Reagieren auf die Weisungen des ZK vermissen liessen. Als besonders unzuverlässig werden dabei die Parteiorgane im Staatsapparat, bei der Eisenbahn und an den Schulen und Universitäten angesehen, also gerade derjenigen Institutionen, die für die Organisation der militärischen Kraft und ihrer ständigen Einsatzbereitschaft mit am wichtigsten sind. Wenn Schirdewan als neueste Aufgabe der Partei den "Kampf gegen die Einflüsse des kleinbürgerlichen Pazifismus" bezeichnete und Stoph vor dem ZK eingestehen musste, dass sich "eine Reihe von jungen Partei- und FDJ-Mitgliedern und Kandidaten noch nicht zum Dienst in der KVP gemeldet haben", dann zeigt das eindeutig, wie schmal die Basis für den Aufbau eines linientreuen Militärinstrumentes selbst innerhalb der Parteikader und Mitgliedschaft ist.

Die sonst so laut gepriesene Kraft des SED-Staates im gesamtdeutschen Kraftfeld wurde von Schirdewan auf einen halbwegs richtigen Nenner zurückgeführt, wenn er kleinlaut zugab, dass die "Verbindung der SED zur westdeutschen Arbeiterbewegung hinter den Erwartungen zurückbleibt, Das ist eine klassisch schöne Umschreibung für den Tatbestand, dass die heftigsten Bemühungen der SED in dieser Richtung kläglich Schiffbruch erlitten haben.

Die große Strafrechtsreform

sp - Unter dem Titel "Die Große Strafrechtsreform" ist im Neuer Vorwärts-Verlag Kau u. Co., Bonn, kürzlich eine Broschüre erschienen, die auf 140 Seiten die Referate und die Diskussion der Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) in Hannover (22.-24. Oktober 1954) zusammengefasst. Der behandelte Fragenkreis ist durch die Vorarbeiten, die die Große Strafrechtskommission des Bundesjustizministeriums zur Zeit für die Reform des Strafrechts leistet, von höchster Aktualität.

Zwei Referate und eine ausführliche Diskussion behandeln die alte Frage nach dem Zweck des Strafrechts. Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Braunschweig, vertritt in seinem Referat die spezialpräventiven Theorien Franz von Liszts und Gustav Radbruchs. Er lehnt das Vergeltungsstrafrecht als staatlich durchgeführte Privatrache ab und fordert die Loslösung des Strafrechts von jeder Metaphysik. Statt dessen sollen die staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsbrecher kriminologisch fundiert werden. Bauer fordert einen Katalog von Maßnahmen, der dem Strafrichter ermöglicht, den Täter in die Gemeinschaft zurückzuführen oder ihn, falls er nicht besserungsfähig ist, zu isolieren.

Von Kant und Leonhard Nelson ausgehend, fordert der Korreferent, Senatspräsident Dr. Alfred Petzold, Kassel, die ethische Fundierung des Strafrechts. Massnahmen der Sicherung und Besserung sollen im Rahmen einer gerechten Sühne zulässig sein.

Generalstaatsanwalt Erich Rosenthal-Pelléram bekräftigt in seinem Vortrag "Entsprechen die Wertvorstellungen des geltenden Strafrechts sozialdemokratischer Auffassung" die Thesen Bauers. Er kritisiert die Unzahl von strafrechtlichen Normen, denen jeder kriminelle Gehalt fehle, und wendet sich weiter gegen die übertriebene Kasuistik der geltenden Strafgesetze.

In seinem Referat "Strafen und Massnahmen" tritt Prof. Dr. Herman Ludwig Brill, Wiesbaden, für eine Neugestaltung der Sicherungsverwahrung in besonderen Anstalten ein. Er fordert die Vermeidung kurzfristiger Freiheitsstrafen und bekräftigt die Ablehnung der Todesstrafe durch die Sozialdemokratie.

22.4.1955

Die Diskussion lässt erkennen, dass über alle grundsätzlichen Differenzen hinaus eine Annäherung in praktischen Fragen, vor allem auch im Strafvollzug, gefunden werden kann.

Die Broschüre bietet in zusammengefasster Form reiches Material über die sozialdemokratischen Vorstellungen zur Reform des Strafrechts.

+ + +

Seehoß-Dementi

s. Man weisse, was man von Dementis zu halten hat, die Minister Seehoß herausgibt. Sie sind meistens falsch, während die Meldungen, die über den Minister in den Zeitungen zu lesen sind, zwar oft un- erfreulich, aber leider fast immer richtig sind. So ist jüngst berichtet worden, Seehoß habe ein vertrauliches Schreiben Schäffers erhalten, in dem Schäffer mitteilte, er habe kein Geld für eine Staustufe, die bei Hamburg in der Elbe angelegt werden soll.

Als er von dieser Meldung überrascht wurde, hat Seehoß erklärt, ein solches vertrauliches Schreiben gebe es überhaupt nicht. Aber der Informant der Zeitungen, auf den jene Meldung zurückging, versicherte glaubhaft, das Schreiben selbst gesehen zu haben. Behauptung stand gegen Behauptung. Wer hatte die Unwahrheit gesagt? Dann aber meldete sich noch jemand, der das geheimnisvolle Schreiben auch gesehen hatte: Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel erklärte, er habe das Schreiben im Durchschlag vorliegen gehabt, er wundere sich nur, wie ein streng vertraulicher Brief in die sozialdemokratische Parteipresse gelangen könne.

Vielleicht gibt Bundesfinanzminister Schäffer einen klärenden Hinweis. Minister Seehoß sollte sich in dieser Angelegenheit nicht mehr bemühen, weil die Aussicht zu gering ist, durch ihn die Wahrheit zu erfahren.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau